Probleme des Friedens.

Von H. H. Von Mellenthin.

VIII.

Der russische Soviet.

Bolschewismus als System, Bolschewiki als Partei, Soviet als Körperschaft. — Herrschaft des Proletariats und Geltung des Kommunismus. — Historische Entwicklung und Struktur der Soviet-Regierung. — Zusammenschluß der sozialrevolutionären Gruppen. — Schwenkung des Leninismus nach rechts.

Die Pariser Friedenskonferenz hat an die russische Soviet-Regierung die Aufforderung gerichtet, sich zu einer gemeinsamen Besprechung russischer Angelegenheiten mit Vertretern der auswärtigen Mächte und der Nebenregierungen daheim an einen Tisch zu setzen. Solcher Anregung, welche von Präsident Wilson ausgegangen ist, sekundiert Großbritannien, das durch seinen Premier Lloyd George der Anschauung Ausdruck gegeben hat, es sei an der Zeit der heutigen de facto-Regierung in Rußland irgendeine Art amtlicher Anerkennung zuteil werden zu lassen. Die verbundenen und alliierten Mächte erwägen die Entsendung einer Sonderkommission nach Rußland, die sich über die dortigen Verhältnisse durch den Augenschein informieren soll. Dem Vorschlag einer gemeinsamen Besprechung hat sich die Soviet-Regierung sympathisch gegenübergestellt, während er auf der anderen Seite zumeist eine schroffe Ablehnung gefunden hat, die schroffste seitens der unverantwortlichen Kreise, welche, nach dem Muster der „Könige im Exil", im Ausland ein behagliches Dauerleben führen. Auf die Anregung, einer Alliierten-Kommission die Erlaubnis zur Inspektion der Verhältnisse in Rußland zu gewähren, hat die Soviet-Regierung die ironische Antwort gegeben, auch sie wünsche durch eine Kommission eine Untersuchung der Verhältnisse in den Ländern der Entente vornehmen zu lassen.

Das Tatsächliche, welches sich aus solchen Anregungen und Vorschlägen herausschälen läßt, besteht zunächst darin, daß Rußland und dessen de facto-Regierung heute in einer neuen Rolle auf der Weltbühne erschienen und daß einem der schwierigsten Probleme des Friedens, wie es sich in dem heutigen Rußland darstellt, eine neue Möglichkeit der Lösung gefunden worden ist. Die Möglichkeit einer solchen Lösung bietet sich auf Grund der Tatsachen und den Wirklichkeiten entsprechend dar. Tatsachen und Wirklichkeit stellen die Forderung, die russische Soviet-Regierung nicht nur als einen Faktor der augenblicklichen Macht, sondern auch als ein Moment für die Weiterentwicklung der inneren russischen Verhältnisse, sowie für die Ausgestaltung der Regierungen des neuen Rußland zum Ausland, das heißt für die nationalen und für die internationalen Fragen, einzuschätzen.

Um das richtige Augenmaß für eine solche Bewertung zu erlangen, muß man sich zunächst betreffs der Wesenseigenarten des neuen Rußland, wie es sich unter der Herrschaft des Soviets darstellt, Klarheit verschaffen und Verständnis für den bisherigen Entwicklungsgang dieses Regimes selbst gewinnen. In den folgenden Ausführungen soll der Versuch unternommen werden, das Wesentliche jenes Regimes darzulegen und dem Entwicklungsgang, welchen Rußland unter ihm genommen, nachzugehen. Es soll keine Polemik pro oder contra werden; nicht soll über den „Roten Schrecken" geeifert, noch über die „bolschewistische Gefahr" geklagt werden. Der Zweck dieser Besprechung besteht ausschließlich darin, den Leser möglichst aufzuklären über die Wirklichkeiten, auf welchen sich die russische Soviet-Regierung aufgebaut hat, und über die Tatsächlichkeiten, welche sie her vorgebracht hat.

* * *

Die deutsche Uebersetzung des russischen Wortes „Soviet" ist Rat, Ratsversammlung. Die Gepflogenheit, Soviet und Bolschewismus als lediglich zwei verschieden lautende Ausdrücke für den gleichen Begriff zu betrachten, ist eine irrtümliche. Soviet ist eine Körperschaft, in welcher sich Menschen beraten. Bolschewismus stellt ein wissenschaftliches System dar. Die Bolschewiki bilden eine politische Partei. Der russische Soviet ist diejenige Körperschaft, in welcher die Bolschewiki-Partei die Grundsätze des Systems des Bolschewismus zur äußeren Geltung bringt. Das heißt, der Soviet repräsentiert die Herrschaft einer bestimmten Partei und die Geltung eines bestimmten Systems.

Der Bolschewismus ist der Maximalismus, welcher die Durchsetzung der Meistforderung heischt. Diese Forderung findet ihre Erfüllung im Kommunismus, also in der Beseitigung aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Klassen-Vorrechte, in der Aufhebung des Privateigentums nicht nur an den Produktionsmitteln (Land und Kapital; die Forderung wird auch vom sozialistischen System erhoben), sondern auch an den Verbrauchsgegenständen.

Die Herrschaft des russischen Soviet, wie sie von den Bolschewiki ausgeübt wird, gründet sich auf die Aufhebung aller Klassen-Privilegien und erhält doch selbst mit der Proklamierung der ausschließlichen Herrschaft des Proletariats den Charakter einer Klassen-Herrschaft.

Die zwei bisher größten Leistungen der Soviet-Regierung stellen sich dar:

Erstens: in der Verfassung der „Russischen Sozialistischen Föderativen Soviet-Republik".

Zweitens: in dem Grundgesetz für die Sozialisierung von Land.

Die Verfassung ist vom fünften Allrussischen Kongreß der Soviets am 10. Juli 1918 angenommen worden. Sie hat die Herrschaft des Proletariats aufgerichtet und das kommunistische System zur Geltung gebracht.

Das Land-Grundgesetz vom September 1918, welches das kurze Landdekret vom 7. November 1917 ergänzt, hebt alle bisherigen Eigentumsrechte an „Land, Erdschätzen, Gewässern, Wäldern und den fundamentalen natürlichen Ressourcen innerhalb der Grenzen der Russischen Föderativen Soviet-Republik" auf und überträgt das Land „für den Gebrauch der gesamten arbeitenden Bevölkerung ohne irgendwelche Kompensation, offene oder geheime, an die früheren Besitzer."

Zum näheren Verständnis dieser zwei bisher hervorragendsten Leistungen des Soviet ist ein kurzer Ueberblick über die historischen Ereignisse, welche die Herrschaft des Proletariats, die Einführung des Kommunismus und die Errichtung der Soviet-Republik vorbereitet haben, nötig.

Rußland ist ein Agrarstaat; heute noch machen die Industrie-Arbeiter weniger als drei Prozent der Bevölkerung aus. Auf der Seite der Ententemächte wird denn ja auch die „bolschewistische Gefahr" mit in der Möglichkeit erblickt, daß sich das agrarische Rußland und das industrielle Deutschland eng aneinander schließen könnten, während sich für die andere Seite aus einem solchen Zusammenschluß die Aussicht auf einen Ersatz für die wirtschaftlichen Verluste, welche der Friedensschluß Deutschland auferlegen wird, eröffnet.

Der Finanz-Prestigiateur und wirtschaftliche Trapezkünstler Graf Witte hatte, im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts, den gigantischen Plan gefaßt, Rußland zu industrialisieren. Sersej Juliettwitsch hatte, indem er Fabriken aus dem Boden stampfte, zugleich einen Sammelpunkt für die Arbeiterschaft und ein städtisches Proletariat geschaffen, in welchem die sozialdemokratische Propaganda den Drang nach politischen Rechten und den Willen zur Besserung der ökonomischen Verhältnisse weckte. Er hatte, indem er dem Muschik durch die Erleichterung des Bahnverkehrs Gelegenheit verschaffte, die Außenwelt näher kennen zu lernen, in die ländliche Bevölkerung einen Funken geworfen. Die Reaktion hatte damals schon gegen ihn die Anklage erhoben, daß er der Revolution den Weg bahne.

Das städtische Proletariat war, als die politische Revolution zum Sturz des Zarentums ausbrach, auf die Straße gestiegen, um sich seinen Anteil an der Herrschaft zu sichern; es wollte sich nicht wieder, wie dies nach dem Aufstand, der dem Japanerkrieg folgte, geschehen, von den Männern in den guten Kleidern und mit den vollen Taschen übertölpeln lassen. Die Maschinengewehre haben auf dem Newsky Prospekt Petrograds die Herrschaft des Proletariats in den Tagen des Sturzes des Zarentums eingeleitet.

Mit der politischen Revolution hatte sich die bürgerliche verschmolzen. Der Erfolg beider stellte sich zunächst in der Errichtung der Provisorischen Regierung mit einem Koalitionskabinett und der Konstituantenen Versammlung dar. Die politische und militärische Revolution der Demokratie im Frühjahr 1917 bildete den Vorläufer der sozialen Revolution vom nächsten November. Die politische Revolution hatte einen wirtschaftlichen Einschlag gehabt, die soziale einen wirtschaftlichen Inhalt mit einem politischen Einschlag. Den Inhalt bildete die Einführung des Kommunismus, den Einschlag die Errichtung der Herrschaft des Proletariats.

Der Bolschewismus als kommunistisches Wirtschaftssystem ist zugleich extrem revolutionär, indem er die Industrie nationalisiert, und äußerst reaktionär, indem er mit dem Kommunismus zum Anfangsstadium aller volkswirtschaftlichen Entwicklung zurückkehrt.

Die Bolschewiki stellten ursprünglich die äußerste Linke der russischen sozialdemokratischen Partei dar. Bei einer Testabstimmung als Machtprobe auf dem Parteitag des Jahres 1903 erhielt die Fraktion die Majorität. Der Soviet als politische Körperschaft hat sich in der ersten Revolution im Frühjahr 1917 etabliert, und zwar im Gegensatz zur Konstituantenen Versammlung. Diese und der Soviet stellen zwei entgegengesetzte Systeme dar. Die Grundlage der Konstituantenen Versammlung, wie auch die der Semstwos, der alten repräsentativen provinzialen Vertretung, bildeten die geographisch abgegrenzten Wahlkreise. Diese Wahlkreise sind vom Soviet-System durch die Einsetzung von Klassen-Einheiten als Wahlkörper durchbrochen worden. Aus diesen Klassen-Einheiten gehen zunächst die lokalen Soviets hervor. Diese wählen die nächsthöhere Deputierten-Körperschaft, und dieser Modus setzt sich fort, bis der Petrograder Zentral-Soviet konstituiert ist, welchem sich allerdings an tatsächlicher Bedeutung und Einfluß der Moskauer Soviet dicht an die Seite setzt. Die höchste gesetzgeberische Befugnis sowohl, wie ausführende Vollmacht sind dem Allrussischen Kongreß der Sozialisten Föderativen Soviet-Republik vorbehalten. Die gar nicht zu kontrollierende Menge der Lokal-Soviets bildet eine Schwäche des gesamten staatlichen Soviet-Aufbaus, da bei den lokalen Körperschaften die Neigung vorhanden ist, eigene Wege zu wandeln, und durch die Gehorsamsverweigerung der Zentralstelle gegenüber der innere Zusammenschluß und die feste Organisation gefährdet sind.

Der Allrussische Kongreß wählt als engeren Ausschuß aus seiner Mitte das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee, und diesem Ausschuß wird das Ministerium, die sogenannten Volks-Kommissariate, entnommen.

* * *

Die äußere Struktur des Soviet-Staates ist errichtet mit den zwölf Paragraphen des Artikels III der Verfassung. Diese stellen folgendes fest:

Artikel III.

Konstruktion der Soviet-Gewalt.

Abschnitt A. Organisation der Zentral-Gewalt.

Paragraph Sechs.

Der Allrussische Kongreß der Soviets stellt die höchste Gewalt der Russischen Sozialistischen Föderativen Soviet-Republik dar.

Der Allrussische Kongreß der Soviets setzt sich zusammen aus Vertretern der städtischen Soviets (je ein Delegat für 25,000 Wähler) und aus Vertretern der Provinzial-Kongresse der Soviets (je ein Delegat auf 125,000 Einwohner.)

Der Allrussische Kongreß wird einberufen von dem Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee, und zwar mindestens zweimal das Jahr.

Ein besonderer Allrussischer Kongreß wird vom Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee einberufen durch dessen eigene Initiative oder auf das Ersuchen von Lokal-Soviets hin, welche nicht weniger als ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Republik darstellen dürfen.

Der Allrussische Kongreß erwählt ein Allrussisches Zentral-Exekutiv-Komitee von nicht mehr als 200 Mitgliedern.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee ist durchaus verantwortlich dem Allrussischen Kongreß der Soviets.

In der Zeitraum zwischen den Kongressen stellt das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee die höchste Gewalt der Republik dar.

Paragraph Sieben.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee ist das höchste legislative, exekutive und kontrollierende Organ der Russischen Sozialistischen Föderativen Soviet-Republik.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee leitet allgemein die Aktivität der Arbeiter- und Bauern-Regierung und sämtliche Organe der Soviet-Autorität im Lande, und es koordiniert und reguliert die Wirksamkeit der Soviet-Versammlung und der Beschlüsse der Allrussischen Kongresse und der Zentralorgane der Soviet-Gewalt.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee erwägt und inkorporiert sämtliche Maßnahmen und Vorschläge, welche von dem Soviet der Volkskommissäre oder von dessen verschiedenen Abteilungen unterbreitet werden und erläßt auch eigene Dekrete und Anordnungen.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee beruft den Allrussischen Kongreß der Soviets ein, vor welchem das Exekutiv-Komitee über seine Tätigkeit und über allgemeine Fragen Bericht erhält.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee bildet einen Rat der Volks-Kommissare zum Zweck der allgemeinen Führung der Angelegenheiten der Russischen Sozialistischen Föderativen Soviet-Republik, und es bildet des weiteren Abteilungen (Volks-Kommissariate) für die Leitung der verschiedenen Zweige.

Die Mitglieder des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees arbeiten in den verschiedenen Abteilungen (Volks-Kommissariate) oder bringen besondere Aufträge des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees zur Ausführung.

Der Rat der Volks-Kommissare ist mit der allgemeinen Führung der Angelegenheiten der Russischen Sozialistischen Föderativen Soviet-Republik betraut. Zur Ausführung dieser Aufgabe erläßt der Rat der Volks-Kommissare Beschlüsse und Anordnungen und unternimmt im allgemeinen alle für die geeignete und schnelle Erledigung der Regierungs-Angelegenheiten erforderlichen Schritte.

Paragraph Acht.

Der Rat der Volks-Kommissare (Ministerium.)

Der Rat der Volks-Kommissare setzt das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee von allen seinen Beschlüssen und Anordnungen unverzüglich in Kenntnis.

Das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee hat das Recht, alle Beschlüsse und Anordnungen des Rats der Volks-Kommissare zu widerrufen oder zu suspendieren.

Sämtliche Beschlüsse und Anordnungen des Rats der Volks-Kommissäre von großer politischer Bedeutung werden zur Erwägung und zur endgültigen Entscheidung dem Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee unterbreitet.

Die Mitglieder des Rats der Volks-Kommissäre stehen an der Spitze der verschiedenen Volks-Kommissariate.

Es sind siebenzehn Volkskommissariate: a) Auswärtige Angelegenheiten; b) Armee; c) Marine; d) Innetes; e) Justiz; f) Arbeit; g) Soziale Wohlfahrt; h) Erziehung; i) Post und Telegraph; j) Nationale Angelegenheiten; l) Finanzen; l) Verkehrswege; m) Landwirtschaft; n) Handel und Industrie; o) Nationale Versorgung; p) Staats-Kontrolle; q) Oberster Soviet der Nationalen Wirtschaft; r) Oeffentliche Gesundheit.

* * *

Während das Soviet-System sich bereits nach der Frühjahr-Revolution des Jahres 1917 unter der Provisorischen Regierung und auch gegenüber der Duma zur Geltung brachte, lief die Bolschewiki-Partei gegen das Regime Kerenskys in den Soldaten-, Arbeiter- und Bauern-Räten Sturm. Auf der Seite der Bolschewiki (Maximalisten) standen damals noch die Gruppe der Menschewiki (Minimalisten) unter der Führung Martows und die Sozial-Revolutionäre, auf der anderen die bürgerlich-revolutionäre Partei der Konstitutionellen Demokraten (Kadetten) und das stark reaktionär angehauchte Zentrum. Kadetten und Zentrum wurden von den Räten an die Wand gedrückt. Im Kampf zwischen Soviet und Konstituantenler Versammlung, welche im Grunde nichts anderes als ein Abklatsch der früheren Gossudarstwennaja Duma, des Reichsparlaments, war, wurde auch die Provisorische Regierung zermürbt. An der Spitze des ersten Soviet standen Tscheidze und Skobelew, zwei Minimalisten, und Kerensky als Vertreter der Sozial-Revolutionäre. Noch halten die gemäßigten Sozialisten der blaßroten Kerensky-Färbung im Soviet die Oberhand. Schwankend in der inneren und der äußeren Politik, zu energischen Entschlüssen ebensowenig geneigt, wie zu durchgreifendem Handeln befähigt, war Kerensky nicht imstande, die von den Massen geforderten inneren Reformen durchzusetzen, und nicht der Mann, den Frieden nach außen wiederherzustellen. Diese Farblosigkeit, Unentschlossenheit und Energielosigkeit haben die Massen in das Lager der Extremisten getrieben. Der Scheidung zwischen den bürgerlich-demokratischen und den sozialistisch-revolutionären Gruppen folgte die zwischen den Bolschewisten und den Sozialrevolutionären nach. Die gesamte Linke, und mit ihr die Minimalisten, zog sich im Juli 1918 aus der Regierung zurück, dem extremen „Berg" die Führung überlassend. Aber auch unter den Bolschewiki selbst fand eine Scheidung statt; die „Bukharistizen", welchen das Prinzip alles und dessen praktische Anwendung nichts war, spalteten sich ab.

Wie der verschiedentlich unternommene Versuch, den Leichnam der Provisorischen Regierung zu galvanisieren, mißlingen mußte, so scheiterten auch alle Bemühungen, die Herrschaft der Bolschewiki durch reaktionäre Gegenrevolutionen oder durch internationale Intervention zu stürzen.

In der Verfassung vom 10. Juli 1918 und in dem großen Landgesetz vom September 1918 hat die Soviet-Regierung die Herrschaft des Proletariats und die Geltung des Kommunismus festgelegt.

Der Bolschewismus ist nicht auf Rußland beschränkt geblieben. Er wird heute als Fahne vorangetragen in allen Kämpfen gegen die bestehende Ordnung. Der Bolschewismus war ursprünglich vollständig unpolitisch, selbst mit dem Sturz des Zarentums hat er direkt nichts zu tun gehabt. Er stellte lediglich ein wirtschaftliches Axiom und ein wissenschaftliches System dar. Den politischen Einschlag hat er durch die Soviet-Regierung mit der Errichtung der Herrschaft des Proletariats erhalten. Seitdem werden alle Kämpfe des Proletariats um die Herrschaft, politische, wirtschaftliche und soziale, gegen das Kapital und das Privateigentum an den Produktionsmitteln und den Verbrauchsgegenständen, gegen die staatliche Autorität und die Klassen-Privilegien, als „bolschewistisch" gekennzeichnet.

Auch der Bolschewismus stellt eine der Begleiterscheinungen des Weltkrieges dar. Er ist in Rußland zur Herrschaft gelangt, weil kein anderes System dem Volk den von ihm geforderten Frieden zu verschaffen imstande gewesen ist. Er wird die Weltherrschaft antreten, falls der Welt nicht ein Frieden beschert wird, welcher keine Keime zu neuen Kriegen in sich trägt.

Darin besteht die wahre „bolschewistische Gefahr". Und dieser Gefahr soll durch die Errichtung der Gesellschaft der Nationen begegnet werden.

* * *

Man sagt, daß Rußland heute an einem Scheidewege stehe. Die Neigung der Pariser Friedenskonferenz dem Soviet-Rußland eine gewisse Art amtlicher Anerkennung zuteil werden zu lassen, wird auf die Erkenntnis zurückgeführt, daß, soll Rußland überhaupt wieder zur Mitarbeit an der Weiterentwicklung der Weltgeschichte gewonnen werden, mit dem Rußland des Soviet gerechnet werden müsse. Die Idee, die verschiedenen Machtfaktoren des heutigen Rußland zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzubringen, ist augenscheinlich noch nicht aufgegeben worden. Auch Frankreich, welches sich anfänglich solchem Plan gegenüber ablehnend verhalten, zeigt sich weniger spröde, seitdem die Soviet-Regierung sich zur Uebernahme der russischen Schuld an Frankreich geneigt erklärt hat; es sind dies die Milliarden aus dem französischen Sparstrumpf, welche Frankreich immer noch an die Abmachungen mit dem alten Rußland knüpfen. Von den russischen Nebenregierungen selbst hat die des Nordens ihre intransigente Haltung geändert; Nikolaus Tschaikowski, der Premier der Regierung von Nordrußland in Archangel, hat bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Paris die Geneigtheit, sich an einer gemeinsamen Besprechung zu beteiligen, ausgesprochen.

Objektive Beobachter der augenblicklichen Verhältnisse in Rußland lassen sich dahin vernehmen, daß das Rußland des Soviet eine Schwenkung nach rechts unternähme und daß am Scheidewege ein merklicher Zusammenschluß bisher getrennter Gruppen stattfinde. So haben sich die Menschewiki (Minimalisten), welche sich, wie oben ausgeführt, von den Bolschewiki, als zu extrem, getrennt hatten, unter der Führung Martows dem Soviet wieder angeschlossen. Desgleichen Chernow, der Führer der Sozial-Revolutionäre und Präsident der Konstituantenen Versammlung, welche von den Bolschewiki aufgelöst worden war. Maxim Gorki hat als Volks-Kommissär das Ministerium der Erziehung übernommen, und im Kommissariat für Handel und Industrie herrscht sichtlich die Neigung vor, mit den industriellen und den Handelskreisen der Bourgeoisie Fühlung zu bekommen. Auf der anderen Seite gibt sich auch die Geneigtheit der Geschäftsleute der Bourgeoisie-Klasse kund, als Volkskommissäre zur Kontrolle der russischen Industrie zurückzukehren.

Alles das weist daraufhin, daß sich eine Einigung verschiedener, sich bisher feindlich gegenüberstehender Faktoren in Rußland vorbereitet. Präsident Wilson hat mit weit-ausschauendem und klar um sich schauenden staatsmännischem Blick diesen sich vorbereitenden Einigungsprozeß erkannt und aus dieser Erkenntnis heraus den Vorschlag zu einer Zusammenkunft zwischen den verschiedenen Machtfaktoren Rußlands gemacht.

Anfang Februar dieses Jahres erschienen in der hiesigen „World" mehrere Artikel von Robert Minor, in welchen der Verfasser auf Grund seiner Erfahrungen, welche er während seines einjährigen Aufenthalts in Moskau gesammelt, eine Beschreibung der augenblicklichen Lage der russischen Verhältnisse gab. Als Kern seiner Beobachtungen und Feststellungen läßt sich Folgendes herausschälen:

„Die Macht der Bolschewiki und der Soviet-Regierung in Rußland nimmt täglich zu. Die Bolschewiki halten Saratow, Kasan, Samara und einen Teil der Ukraine fest in Händen. Aber der Jahrestag der Errichtung der Soviet-Regierung im vergangenen November bedeutete das Ende der alten Soviet-Herrschaft und den Anfang der Herrschaft der „Volks-Kommissäre" . . .

Lenin will Frieden. Er ist bereit, die Kriegsschulden, welche das alte Régime kontrahiert hatte und welche von den Soviets in den frühen Tagen ihrer Herrschaft repudiiert worden waren, zu bezahlen; er will unter der Bedingung bezahlen, daß der Krieg gegen die Soviets eingestellt wird. . . . Das Hauptkennzeichen der neuen Lage liegt aber in der Tatsache, daß die sogenannte Nationalisierung der Industrie die revolutionierte Industrie in die Hand der Geschäftsklasse zurückgegeben hat, welche ihre Tätigkeit nunmehr dahinter verbirgt, daß sie unter dem magischen Titel von „Volks-Kommissären" Anordnungen trifft. Lenin konnte es sich nicht leisten, die volle Wahrheit betreffs des Eintritts von Nicht-Bolschewiki in die Regierung zu sagen, denn er mußte die intransigente Front aufrecht erhalten. . . Die Bolschewiki gewannen die Unterstützung der schlechtestentlohnten Arbeiter dadurch, daß er einen Einheitslohn für alle Arbeit proklamierte. Sobald sie sich in der Macht stark genug fühlten, fanden sie den geschickten Ausweg, das Einkommen derer, welche „Arbeiten von ungewöhnlicher Wichtigkeit" verrichten, zu erhöhen. . . . Die Land-Politik hat alles andere weit überragt. Sobald Lenin stark genug geworden, seinen Willen durchzusetzen, enthüllte er seinen Plan. Die Leute, welche als Günstlinge des „räuberischen Kapitals" verschrien wurden, fahren heute in seinen Automobilen, gerade wie früher, wohnen in vornehmen Herrenhäusern, ganz wie früher, und leiten wieder die alten Industrien, nur mit größerer Autorität als früher bekleidet. Heute sind es „Volks-Kommissäre" — Diener des Proletariats —, aber in der Armee unter der Roten Fahne ist eine eiserne Disziplin eingeführt, um auch sie vor jeder Belästigung zu schützen."

Ueber diese Disziplin in der Armee unter der Roten Fahne sagt Robert Minor in einem der angeführten „World"-Artikel:

„Dichte Massen von Mann, Pferd und Artillerie folgten wie ein Uhrwerk den Kommandos gutgekleideter junger Offiziere. Das war nicht die „Rote Garde". Die „Rote Garde" existiert nicht mehr. Mir schien es viel mehr eine Armee, als irgendwie rot zu sein, aber sie wird die Rote Armee genannt, weil dies die volkstümliche Farbe ist. Das ist die Armee, welche sich ihren Weg nach der Ostsee und nach dem Schwarzen Meer durchbeißt. In Minsk standen die arbeitenden Klassen auf, um die „Eindringlinge" mit offnen Armen aufzunehmen. Bevor die Bolschewiki-Armee in Wilna einzog, sah ich, was mir die gesamte Bevölkerung schien, versammelt, um ein Arbeiter-Komitee zu bilden, jene zu begrüßen. Sie glaubten, sie begrüßten noch den ursprünglichen Bolschewismus. Sie haben noch nicht die Entdeckung gemacht, daß, wenn unter Bolschewismus die Uebernahme von Land seitens der Bauern und die der Fabriken seitens der Arbeiter zu verstehen ist, Rußland heute tatsächlich der einzige Platz ist, wo es keinen Bolschewismus giebt. Als ich durch Niemandsland zwischen den russischen Vorposten und Deutschland kam, erschien mir die gesamte Bevölkerung, mit Ausschluß der Barone, wie Kienspann, welches das Bolschewiki-Zündholz erwartet. Aber der Leninismus, welcher mit dieser neuen Armee voranmarschiert, ist von einer neuen und bisher noch nicht verkündeten Art. Die Bolschewiki-Führer haben in geschickter Weise eine Umwandlung erzwungen, welche seit dem Ausbruch der deutschen Revolution zum Abschluß gebracht worden ist und welche dem Staat Lenins das Ansehen einer größeren Dauer verliehen hat. Der Bolschewismus der Disziplin hat Eigenarten, welche diejenigen, die in der Oktober-Revolution für ihn gestorben und Lenin in die Macht gehoben haben, sich in ihren Gräbern umdrehen machen würde. Abgesehen von der Rückkehr der Menschewiki in die Regierung und von gewissen Kreisen der Bourgeoisie, welche die staatlichen Industrien leiten, hat sich auch eine äußerst strenge Armeedisziplin, zumeist unter alten Offizieren, aufgerichtet und, was noch mehr bedeutet, der Dienstzweig."

* * *

Es mag dahingestellt bleiben, ob alle diese Beobachtungen auch den wahren Kern der Sache und der Lage treffen, aber sie bedeuten in ihrer Gesamtheit eine einwandfreie Bestätigung der Darstellung auch von anderen Seiten, daß die Soviet-Regierung eine Schwenkung mehr nach rechts unternommen hat.

Es fragt sich, wie weit solche Schwenkung gehen wird und ob die Bolschewiki als Partei sie mitmachen werden. Die sich aus solcher Entwicklung ergebende Hauptfrage aber geht dahin, wie der Bolschewismus als System und die auf Grund eines solchen Systems aufgerichtete Verfassung in Einklang zu bringen ist mit der neuerlichen Bewegung.

Die Erörterung dieses neuen Problems soll einem weiteren Artikel

---

Ein weiser Salomo.

Ein reicher Mann unternahm in Begleitung seines Bruders eine Geschäftsreise und starb in der Fremde. Der Bruder kehrte zurück und erzählte, der Verstorbene hätte ihm vor dem Tode seinen letzten Willen mündlich mitgeteilt: „Gib von meinem Vermögen meiner Witwe soviel du willst, und den Rest behalte dir." Auf Grund dieser letztwilligen Verfügung wollte der Bruder seiner Schwägerin nur eintausend Rubel geben und den Rest von neunzehntausend sich aneignen. Die Witwe ging mit ihrer Klage zum Rabbiner, und dieser ließ den Bruder zu sich kommen. „Wie lautete der letzte Wille des Verstorbenen?" fragte er ihn. „Gib der Witwe soviel du willst und den Rest behalte dir." — „Gut. Wie viel willst du also von der Hinterlassenschaft haben?" — „Neunzehntausend Rubel." — „So," sagte der Rabbiner: „dein Bruder sagte: gib meiner Witwe soviel du willst. Du willst neunzehntausend Rubel. Also mußt du ihr neunzehntausend geben, und den Rest kannst du dir behalten."

Eine politische Ethik.

(Aus der „Züricher Post".)

Als Professor Fr. W. Förster in München vor nun fast drei Jahren in der „Friedenswarte" jene Abhandlung „Bismarcks Wert im Lichte der föderalistischen Kritik" veröffentlichte, die in Deutschland eine so wütende Gegnerschaft gegen ihn entfesselte, fügte er in einer Anmerkung bei, der Aufsatz stelle nur einen Ausschnitt aus einem größeren Werke dar, das nach Kriegsende erscheinen solle. Das Buch liegt heute vor; es ist eine „Politische Ethik und Pädagogik" geworden (Verlag Ernst Reinhardt, München, 525 S., 12 Mark), die dritte, stark erweiterte Auflage der „Staatsbürgerlichen Erziehung" des Verfassers.

Eine hochbedeutsame Erscheinung und zur rechten Zeit gekommen! Försters Absicht geht in erster Reihe dahin, dem deutschen Volk in einem Augenblick, da das politische System, dem es ein halbes Jahrhundert lang ergeben war, völlig bankerott gemacht hat, den Weg zu einer neuen, glücklicheren Zukunft zeigen zu helfen, den Weg zurück zu sich selber, den es in unheilvoller Verblendung gänzlich verloren zu haben schien. Der rücksichtslosen Selbstdurchsetzung, in der das machtpolitische Deutschland seine Größe gesucht hatte, stellt er die freie Einordnung in die große Menschheitsgemeinschaft als die eigentliche deutsche Weltaufgabe gegenüber, dem Zentralismus den Föderalismus, der Gewalt das Recht, dem seelenlosen Mechanismus den Geist — in hundertfaltiger Variation klingt durch das ganze Buch die Forderung: nicht Eigenrecht auf Kosten fremden Rechtes, auch nicht Gemeinschaft auf Kosten der Selbstbestimmung, sondern Verbindung von Freiheit und Einheit und durch höchste Entfaltung aller Einzelwesen wie sicherste Ordnung des Zusammenlebens. Dieses nach seiner Ueberzeugung dem Sittengesetz des Christentums ebenso wie dem Geiste der deutschen Geschichte und den natürlich-soziologischen Lebensbedingungen entsprechende Prinzip wendet Förster auf das ganze Gebiet menschlichen Zusammenlebens an und erkennt in ihm die Lösung all der vielgestaltigen Fragen, die gerade jetzt, da unser ganzes Kulturdasein von Grund auf neu gebaut werden muß, mit so unabweisbarer Wucht auf uns eindringen.

Es ist gänzlich aussichtslos, hier auch nur eine Vorstellung von dem gedanklichen und stofflichen Reichtum des Werkes, von der Tiefe und dem Ernst dieser politischen Lebens- und Erziehungslehre geben zu wollen, ob Förster dem Problem des Führertums in der Demokratie nachgeht oder über Machiavelli und Treitschke schreibt, ob er preußische und englische Menscherleitung einander gegenüberstellt oder den Konflikt von Staatsraison und Gewissen schildert, ob er von Kolonialpädagogik oder von der Ergänzung der Rassen redet, ob wir sein Urteil über staatsbürgerliche Belehrung oder soziale Kultur vernehmen; immer ist es hoher Gewinn und edler Genuß zugleich, ihm zuzuhören, und wem es um die Erfassung der Grundlagen und Zusammenhänge staatlichen Gemeinschaftslebens ernstlich zu tun ist, der wird sich die Auseinandersetzung mit diesem überragender Geist schwerlich ersparen können, möge nun seine Anschauungsweise gegenüber den politischen Dingen und seine Volkszugehörigkeit sein, was sie wolle.

Es dient vielleicht am besten zur Anregung eigener Beschäftigung mit Försters Buch, wenn wir hier (aus dem Kapitel „Aristokratie und Demokratie") einige seiner Gedanken zum Thema der Neuordnung des sozialen Zusammenlebens im engeren Sinn wiedergeben, das heute so sehr im Vordergrund steht.

Das Aufsteigen der Arbeiterklasse, so legt Förster dar, ist „nicht nur eine Forderung der Menschlichkeit, sondern auch eine Bedingung des großindustriellen Fortschrittes. „Menschenrechte" verwandeln sich in Arbeitsenergie und Arbeitsgewissen. Ein Röhrenleger, der kommunales Stimmrecht hat oder gar Referent einer Kommission ist, bekommt mit dem politischen Verantwortlichkeitsbewußtsein auch ein neues Verantwortlichkeitsgefühl für seine Roheren. Bevormundung ist auch wirtschaftstechnisch eine falsche Rechnung, sie ruht auf einer falschen Psychologie und Pädagogik der menschlichen Arbeitskultur. Eine demokratische Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, wodurch die schleichende Revolte ausgeschaltet wird, erweist sich aus psychologischen Gründen auch betriebstechnisch als Notwendigkeit. In den Vereinigten Staaten halten die großen Textilfabrikanten darauf, daß ihre Arbeiter der Organisation angehören. In geordneten Verhandlungen mit einem wohlorganisierten Massenwillen sehen sie die größte Bürgschaft für ein reibungsloses Zusammenwirken. Und in der Tat: Die feinste technische Einigung von Menschenkräften kann nur durch eine tiefere Einigung der Willen, nicht durch Autokratie hervorgebracht werden. Nur ein Personal, dessen Recht zu kollektiver Mitbestimmung seiner Arbeitsbedingungen anerkannt ist, wird dann auch mit ganzer Sittlichkeit zu seinen Arbeitsverpflichtungen stehen. Will man Interesse an der Arbeit, so muß man diesem Interesse auch Rechte zubilligen; will man intelligente Arbeit, so darf man nicht übersehen, daß das demokratische Ideal der Ausdruck der geweckten Volksintelligenz ist. Alle Vertreter eines bloß autokratischen Ordnungswesens vergessen, daß die Selbstgesetzgebung doch der eigentliche Triumph des Ordnungsprinzips auf Seite der Geführten darum noch weit wichtiger ist als die Ordnungsenergie des Führers — jener Ordnungswille der Geführten aber ist entscheidend von dem Maße ihrer ehrenden und vertrauenden Heranziehung zur Mitbestimmung der Ordnung abhängig. Demokratische Gestaltung des Arbeitsverhältnisses ist Bedingung und Konsequenz der immer intimeren Vergesellschaftung der Arbeitsprozesse; wer diesen Prozeß autokratisch leiten will, der denkt noch nicht wahrhaft gesellschaftlich, erkennt nicht, wie ganz unentbehrlich hier die seelische Einigung von Ich und Du ist und in wie viel tiefer wirkendem Sinne er Führer und Herr sein könnte, wenn er die ganze Freiwilligkeit der Volkskraft für sich gewänne . . . . Das demokratische Empfinden in diesem Sinne ist auch das eigentlich soziale Empfinden: Wahre menschliche Gesellschaft beginnt erst in dem Augenblick wo ich den anderen nicht zum bloßen Werkzeug meines Willens erniedrige, sondern ihn zur Gleichberechtigung emporhebe, so daß nunmehr eine Verständigung zwischen zwei ebenbürtigen Willen stattfinden muß: Erst in dem Augenblick, wo dies geschieht, wird im eigentlichen Sinne menschliche Gesellschaft begründet: Das nicht-Ich wird als wirkliche Realität anerkannt".

Und wie die Intensität und Ergiebigkeit des Arbeitsprozesses durch politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie nicht vermindert, sondern erst recht verbürgt und erhöht wird, so gewinnt auch die staatliche Ordnung aus der Demokratie eine Sicherheit und Stetigkeit, die ihr die mit der Gewalt arbeitende Methode niemals wird geben können: „Die Mitwirkung der Regierten an dem Gang der öffentlichen Angelegenheiten vertieft und verstärkt schon deshalb auch die führende Kraft der Leitenden, weil auf sol